



HESSISCHER LANDTAG

26. 06. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**betreffend Landesregierung muss Verantwortung übernehmen:
Taksim ist überall, auch in Bursa!**

Der Landtag stellt fest:

1. Die seit Wochen anhaltenden regierungskritischen Demonstrationen in Istanbul und die Versuche einer gewaltsamen Niederschlagung mit Pfeffergaskartuschen, Gummigeschossen und Wasserwerfern mit Wasser-Säure-Gemisch haben inzwischen auf das ganze Land übergriffen. Auch in der hessischen Partnerregion Bursa hat es von Beginn an Demonstrationen, Autokonvois, verbunden mit Rücktrittsforderungen an Ministerpräsident Tayyip Erdogan, gegeben (vgl. z.B. den Augenzeugenbericht in der Zeitung "DIE WELT" der CDU-Landtagsabgeordneten Serap Güler vom 05.06.2013). An den Protesten beteiligten sich Familien mit Kindern, ältere Menschen, Jugendliche. Es gab auch dort Festnahmen und Verletzte.
2. Das gewaltsame Vorgehen türkischer Sicherheitskräfte, das auch von Außenminister Westerwelle (FDP) mehrfach kritisiert wurde, hat inzwischen Opfer gekostet. Bereits am 05.06. sprach die türkische Ärztekammer von 2 Toten, 43 Schwerverletzten und 4.177 weiteren Verletzten, diese Zahlen haben sich seitdem deutlich erhöht. In Bursa und 5 weiteren Städten (außer Istanbul) gab es laut der türkischen Ärztekammer schon am 05.06.2013 667 Verletzte, davon 5 Schwerverletzte.
3. Als Partnerregion der türkischen Region Bursa hat Hessen eine besondere Verantwortung. Wir dürfen vor den Geschehnissen dort nicht die Augen verschließen, sondern müssen die Einhaltung der Menschenrechte und demokratischen Freiheiten anmahnen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wirkt bei den politisch Verantwortlichen aktiv darauf hin, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung und eine ungehinderte Ausübung des Demonstrationsrechts in Zukunft sichergestellt ist.
2. Die Landesregierung wirkt ebenso aktiv darauf hin, dass das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte von unabhängiger Seite untersucht wird und die dafür politisch Verantwortlichen benannt werden und ebenso wie die einzelnen Verantwortlichen bei den Sicherheitskräften und der Polizei für ihre Übergriffe zur Rechenschaft gezogen werden.
3. Die Landesregierung stellt kurzfristig eine Parlamentarierdelegation mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen zusammen, die unverzüglich die Türkei mit dem Schwerpunkt der Region Bursa besucht und den Vorkommnissen nachgeht.

Wiesbaden, 26. Juni 2013

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Schaus